

II-3638 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/8-Parl/78

Wien, am 19. April 1978

An die  
PARLAMENTS-DIREKTIONParlament  
1017 Wien

1671/AB

1978-04-26

zu 1687/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1687/J-NR/78, betreffend willkürliche Vorgangsweise bei der Einladung zu Sitzungen des Schülerbeirates, die die Abgeordneten Dr. ETTMAYER und Genossen am 1. März 1978 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1):

Mit Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, Zl. 106.879-I/4a/71 (Rundschreiben Nr. 183/1971) vom 6. September 1971 wurde die Zusammensetzung der 31 Mitglieder des Schülerbeirates festgelegt. Unter den 8 Vertretern der Jugendorganisationen befand sich auch ein Vertreter des Verbandes sozialistischer Mittelschüler. Im Laufe der nächsten Schuljahre wurde dieses Gremium durch die Aufnahme der Vertreter der Land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, der 9 Landesschulsprecher der berufsbildenden Pflichtschulen, der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs, des Ringes freiheitlicher Jugend, der Sozialistischen Jugend und der Jungen ÖVP erweitert.

Ein Vertreter des Verbandes sozialistischer Mittelschüler war zuletzt bei der 3. Sitzung des Schülerbeirates im Schuljahr 1976/77 (25. bis 27. April 1977) anwesend. An den beiden letzten Tagungen des Schülerbeirates im Schuljahr 1977/78 (5. bis 7. Dezember 1977 und 27. Februar bis 1. März 1978) hat der Vertreter des VSM weder teilgenommen noch sich entschuldigt. Von nun an wird der Verband sozialistischer Mittelschüler nicht mehr zu den Sitzungen des Schülerbeirates

- 2 -

eingeladen werden.

ad 2):

Was die Frage der Einladung der Union höherer Schüler zu den Sitzungen des Schülerbeirates betrifft, so darf auf das Schreiben des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 24. November 1975 an den Bundesvorstand der Union höherer Schüler hingewiesen werden, das den Standpunkt des Bundesministerium für Unterricht und Kunst offen und unmißverständlich dargelegt hat.

Dieser Brief hatte folgenden Wortlaut:

"In Beantwortung Ihres an den Herrn Bundesminister gerichteten Ansuchens vom 8. Oktober d.J. um Aufnahme eines Vertreters der Union höherer Schüler in den Schülerbeirat teilt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst mit:

Für alle Einladungen, die vom Herrn Bundesminister zur Teilnahme am Schülerbeirat des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst ausgesprochen wurden, war seit der Gründung des Beirates der Gedanke bestimmend, die Ressortleitung in die Lage zu versetzen, das Spektrum von Schülermeinungen zu wichtigen schulischen Fragen möglichst in seiner ganzen Breite kennenzulernen. Aus diesem Grunde nehmen einerseits die Landesschulsprecher aus allen Bundesländern, andererseits die Vertreter der verschiedenen Jugendorganisationen an den Sitzungen des Beirates teil.

Was die Jugendorganisationen betrifft, so war der Österreichische Bundes-Jugendring mit den in ihm vertretenen Organisationen der Hauptadressat für die Einladungen des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst. Nur in zwei Ausnahmefällen wurde - im Sinne der oben angezogenen Vollständigkeit - über den Kreis der im Österreichischen Bundesjugendring vertretenen Organisationen hinausgegangen.

- 3 -

Für das gegenständliche Ansuchen war die Frage zu prüfen, ob ein solcher Ausnahmefall gegeben sei. Aufgrund der vorhandenen Unterlagen mußte das Bundesministerium für Unterricht und Kunst zu der Auffassung gelangen, daß die UHS - deren Aktivitäten in ihrer Bedeutung keinesfalls verkannt werden sollte -, in einem so starken Naheverhältnis zu Jugendorganisationen, die bereits im Schülerbeirat vertreten sind, steht, daß - zumindest derzeit - eine Einladung an die UHS, einen Vertreter in den Schülerbeirat zu entsenden, nicht gerechtfertigt erschiene".

ad 3 und 4):

Der Verband sozialistischer Mittelschüler erhielt im Juni 1976 unter der Zl. 19.195/17-53b/76 die erste und letzte Rate aus den Mitteln des Bundesjugendplanes 1976 in der Höhe von S 20.000,--. Im Budget 1976 war für den Verband sozialistischer Mittelschüler aus den Mitteln des Bundesjugendplanes ein Betrag von S 386.932,-- vorgesehen. Wegen des Austrittes des Verbandes sozialistischer Mittelschüler aus dem Österreichischen Bundesjugendring und über Weisung des Herrn Bundesministers wurden die Zahlungen jedoch eingestellt.

ad 5):

Als Vertreter der Schülerpresse werden derzeit die Österr. Schülerpresseagentur, das Österreichische Schülerzeitungszentrum, der Rennbahnexpress und die Gewerkschaftsgruppe Schülerzeitungen als Beobachter zur halbtägigen Plenartagung des Schülerbeirates, nicht aber zu den internen Beratungen der Schülervertreter, geladen. Die Aufgabe dieser Beobachter ist es, durch Presseaussendungen an die Redaktion von Schülerzeitungen diese über die wesentlichen Anliegen der Schüler dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst gegenüber zu informieren.

